

Fracking klar ablehnen – Verbände und Bürgerinitiativen vereint hinter gemeinsamer Forderung

Berlin, 25. Oktober 2022

Fünzig Umweltverbände, Kirchengruppen und Bürgerinitiativen haben in einem offenen Brief die Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Gesundheit adressiert und fordern gemeinsam ein vollständiges und zeitunabhängiges Fracking-Verbot.

Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die dramatische fossile Abhängigkeit Deutschlands offenbart. Auf die neue Situation muss intelligent reagiert werden, mit Investitionen, die Klima- und Energiekrise zugleich und nachhaltig lösen. Die Unterzeichner*innen appellieren an die Bundesregierung nicht auf Industrielobbyisten hereinfallen, die die aus guten Gründen verbannte Fracking-Technik nun doch in Deutschland durchsetzen wollen. Fracking ist ein Irrweg. Damit könne die derzeitige Notlage nicht gelindert werden. Stattdessen würden wir jahrelang Klima, Umwelt und Gesundheit der Menschen in Deutschland massiv schädigen.

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe: „Fracking schafft keine Abhilfe in der aktuellen Energiekrise. Es würden Jahre vergehen, bis signifikante Mengen gefördert werden könnten. Zudem wäre es eine absolute Fehlinvestition: Wir wollen bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Neue fossile Projekte mit 30 - 50 Jahren Lebensdauer haben da keinen Platz mehr – zumal wenn sie neben Klima auch noch Umwelt und Gesundheit der Menschen massiv schädigen. Wenn wir jetzt investieren, dann in erneuerbare Energien!“

Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ergänzt: „Die Bundesregierung muss Fracking klar ablehnen. Fracking ist keine vertrauenswürdige Technologie und droht die Klima- und Ressourcenkrise weiter zu verschärfen. Der Wasserverbrauch von Fracking ist enorm und würde mit dem bereits heute kritischen Bewässerungsbedarf der Landwirtschaft konkurrieren. Gerade nach einem erneuten dramatischen Dürrejahr wie 2022 wäre es grotesk, diesen Aspekt zu ignorieren und Fracking die Tür zu öffnen.“

Die Unterzeichner*innen - zu denen neben DUH und BUND auch Nabu, WWF Deutschland, Umweltinstitut München, Energy Watch Group, Urgewald, PowerShift, Forum Umwelt und Entwicklung sowie die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Deutschland gehören – verweisen zudem auf die schlechte Klimabilanz, negative Gesundheitsauswirkungen sowie Warnungen von UN-Institutionen bezüglich Menschenrechtsverstößen.

„Kirchen sind besorgt, dass die betroffenen Regionen mit unverhältnismäßig hohen Umweltbelastungen konfrontiert sein werden“, betont Gudrun Kordecki, Referentin für Umwelt und Bioethik der westfälischen Landeskirche und Vorständin der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Deutschland (AGU).

Andy Gheorghiu, Initiator des offenen Briefes und langjähriger Anti-Fracking Aktivist hebt hervor: „Die Erkenntnisse über die negativen Auswirkungen von Fracking sowie die damit im Zusammenhang stehenden Menschenrechtsverstöße werden von mehreren internationalen Institutionen seit Jahren bestätigt. Nicht umsonst empfahl der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt in seinem 2019er Safe Climate Bericht, Fracking zu verbieten.“

Die Unterzeichner*innen fordern die Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Gesundheit auf, die vorhandenen Erkenntnisse über die negativen Auswirkungen von Fracking auf

Klima, Umwelt, öffentliche Gesundheit sowie Menschenrechte entsprechend deutlich zu machen und dem Bundestag die Einführung eines vollständigen und zeitunabhängigen Fracking-Verbotes zu empfehlen.

Kontakt:

Sascha Müller-Kraenner, Deutsche Umwelthilfe e.V., Tel.: 0160 / 90354509,
E-Mail: mueller-kraenner@duh.de

Oliver Powalla, Leiter Energiepolitik beim BUND, Tel.: 030-27586-436, Mobil: 0163- 6854324,
E-Mail: oliver.powalla@bund.net

Dr. Gudrun Kordecki, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in
Deutschland, 02304 / 755 330, E-Mail: gudrun.kordecki@kircheundgesellschaft.de

Andy Gheorghiu Consulting:

Andy Gheorghiu, Tel.: 0160 / 20 30 974, E-Mail: andy.gheorghiu@mail.de